

## Ordnungspolitik

### Auf den Kern der Sozialen Marktwirtschaft besinnen!

Dr. Susanne Cassel

Die Welt befindet sich im Krisenmodus. Dabei überlagern sich langfristige Prozesse wie der Klimawandel und der demografische Wandel mit akuten Krisen. Angesichts dieser Entwicklungen ist staatliches Handeln zunehmend interventionistisch geworden. So haben industriepolitisch motivierte Eingriffe weltweit zugenommen und Unternehmen wie auch Bürgerinnen und Bürger werden umfangreich unterstützt. Damit stellen sich Fragen nach den Wirkungen der staatlichen Eingriffe auf die wirtschaftliche Dynamik und dem richtigen Gleichgewicht zwischen Verteilungs- und Leistungsgerechtigkeit. Um die grüne und digitale Transformation wie auch die neuen geopolitischen Herausforderungen zu meistern, sollte die Politik mehr auf Markt und Wettbewerb setzen. Dazu ist es auch notwendig, die Funktionsweise der Sozialen Marktwirtschaft in der breiten Bevölkerung besser verständlich zu machen.

Die Haltung der Bevölkerung zur Sozialen Marktwirtschaft hat sich nach einem Tiefpunkt zu Beginn der 2000er Jahre kontinuierlich verbessert. Im Jahr 2021 hatten 54 Prozent der Bevölkerung eine gute Meinung von ihr, während lediglich 17 Prozent keine gute Meinung von ihr hatten. Die hohe Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft in Bevölkerung und Politik zeigt, dass sie als identitätsstiftend wahrgenommen wird. Dies lässt sich allerdings vor allem darauf zurückführen, dass das Konzept viel Interpretationsspielraum lässt. So kann sich jeder darin wiederfinden. Die Menschen verbinden mit der Sozialen Marktwirtschaft vor allem die Absicherung gegen Arbeitslosigkeit und Krankheit, sichere Arbeitsplätze sowie „faire“ Arbeitsbedingungen und Löhne. Kernelemente der Sozialen Marktwirtschaft wie Wettbewerb, Eigeninitiative und unternehmerische Freiheit hält dagegen nur rund ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger für essentiell. „Die Mehrheit der Menschen in Deutschland akzeptiert Markt und Wettbewerb als Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft nicht. Staatseingriffe werden von vielen als Lösung, nicht als Problem gesehen“, konstatiert Thomas Petersen.

#### Helfen Sie mit!

Um den ECONWATCH-Policy Brief anbieten zu können, in dem Sie verständliche und wissenschaftlich fundierte Informationen über wirtschaftspolitische Zusammenhänge und Reformmöglichkeiten erhalten, ist ECONWATCH als gemeinnützige und unabhängige Organisation auf Mitgliedsbeiträgen und Spenden angewiesen. Informationen hierzu erhalten Sie auf: [www.econwatch.org](http://www.econwatch.org)

Die Krisen der letzten Jahre haben den Trend zu einer zunehmend interventionistischen, immer stärker auf Subventionen basierenden und die soziale Absicherung betonenden Politik verstärkt. So notwendig staatliches Handeln war, um die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie und der Energiepreiskrise abzufedern, so hat sich die Rollenverteilung zwischen Markt und Staat zugunsten staatlicher Intervention verschoben. Zugleich sind die Erwartungen von Bürgerinnen und Bürgern sowie von Unternehmen immer weiter gestiegen, dass der Staat ihnen mit umfassenden Unterstützungsmaßnahmen unter die Arme greift. Der Versuch, komplexe Veränderungsprozesse wie die ökologische Transformation oder Einzelfallgerechtigkeit über detaillierte Regulierung zu steuern, ist jedoch am Ende teuer, ineffizient und sozial ungerecht.

Wettbewerbliche Lösungen wie eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung finden allerdings wenig gesellschaftliche Akzeptanz, auch weil es oft am Verständnis für grundlegende ökonomische Zusammenhänge mangelt. „Wählerinnen und Wähler präferieren einfache Lösungen und möchten wenig Veränderung. Umso wichtiger ist es, die Funktionsweise der Sozialen Marktwirtschaft zu erklären, insbesondere das Zusammenwirken von marktlichen Prozessen und sozialem Ausgleich“, betont Sarah Necker. Gerade für das Gelingen der grünen Transformation ist eine umfassende Herangehensweise notwendig, die wirtschaftliche, ökologische und soziale Aspekte gleichermaßen berücksichtigt. „Politik muss den sozialen Zusammenhalt im Blick behalten, um die notwendige Akzeptanz zu gewinnen. Dazu müssen Transformations- und Umverteilungspolitik zusammengedacht und Maßnahmen entsprechend gestaltet werden“, so Svenja Flechtner. In diesem Sinne ist die Einführung eines Klimageldes wesentlich, um die Akzeptanz für CO<sub>2</sub>-Preise zu erhöhen und deren Kosten sozial abzufedern. Dabei kommt es neben der Höhe vor allem darauf an, dass den Menschen die Entlastung bewusst und klar als solche erkennbar ist.

Die Soziale Marktwirtschaft hat in den vergangenen 75 Jahren in Deutschland für Wachstum, Wohlstand und sozialen Frieden gesorgt. Sie basiert auf der Idee der Wettbewerbsordnung mit freier Preisbildung, dem Prinzip von Haftung und Verantwortung, Privateigentum und offenen Märkten. Dem Staat kommt als Regelsetzer eine wesentliche Rolle zu. Dies beinhaltet auch, Marktversagen zu korrigieren, wie etwa im Falle der negativen Auswirkungen von CO<sub>2</sub>-Emissionen, und wo nötig für sozialen Ausgleich zu sorgen. Die Soziale Marktwirtschaft

## KERNAUSSAGEN

**Die Soziale Marktwirtschaft erfreut sich großer Beliebtheit. Allerdings verbindet die Mehrheit der Menschen mit ihr vorwiegend die Absicherung gegen Arbeitslosigkeit und Krankheit sowie „faire“ Arbeitsbedingungen und Löhne. Wettbewerb und Eigeninitiative als Kernelemente der Sozialen Marktwirtschaft finden weit weniger Akzeptanz. Gleichzeitig hat sich die Rollenverteilung u.a. durch die Krisenpolitik vom privaten Sektor zum Staat verschoben. Die anstehenden Veränderungsprozesse erfordern ein hohes Maß an Dynamik und innovativen Lösungen. Staatliche Detailsteuerung behindert jedoch Innovation und verteuert die Transformation. Notwendig ist es, sich auf den Kern der Sozialen Marktwirtschaft zu besinnen und die wichtige Rolle von Markt und Wettbewerb für eine funktionsfähige und menschenwürdige Ordnung in der breiten Öffentlichkeit verständlich zu machen.**

schaft hat sich als anpassungsfähig erwiesen und kann auch mit den aktuellen Herausforderungen umgehen. Wesentlich für ihre Leistungsfähigkeit ist es aber, dass Markt- und Wettbewerbsprozesse intakt bleiben. Dies ist gerade mit Blick auf den mit der Transformation einhergehenden Wandel und die notwendigen Innovationen zentral. Daher muss es darum gehen, den Kern der Sozialen Marktwirtschaft in das öffentliche Bewusstsein zu rücken. „Statt dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft weitere Adjektive wie „ökologisch“ anzuheften und es dadurch noch beliebiger zu machen, sollten wir stärker darüber nachdenken, wie wir den Menschen die Vorteile marktlicher Prozesse besser erklären können“, fordert Karen Horn.

Dieser Policy Brief entstand auf Grundlage des ECONWATCH-Panels „Growth, sustainability and social peace: how to set the course for a renewal of the social market economy“ im Rahmen der Jahrestagung 2023 des Vereins für Socialpolitik mit Prof. Dr. Svenja Flechtner (Universität Siegen), Prof. Dr. Karen Horn (Universität Erfurt), Prof. Dr. Sarah Necker (Ludwig Erhard ifo Zentrum für Soziale Marktwirtschaft und Institutionenökonomik/Universität Erlangen-Nürnberg) und Dr. Thomas Petersen (Institut für Demoskopie Allensbach). Moderation: Dr. Patrick Bernau (FAS).

#### Impressum

ECONWATCH  
Gesellschaft für Politikanalyse e.V.  
Poststraße 12  
10178 Berlin